14.10.2022

CDU

ANDREAS MATTFELDT MdB

Verden-Osterholz

BERLIN AKTUELL

Liebe Freunde,

diese Woche war die Außenpolitik ein wichtiges Thema im Deutschen Bundestag.
Die Folgen des Überfalls auf die Ukraine beschäftigen uns natürlich weiterhin, aber genauso die Ermordung der jungen Iranerin Mahsa Amini am 17. September 2022 durch das iranische Regime. Die als „feministische Außenpolitik" hoch beschworene neue Linie der Bundesregierung muss neben hoch trabenden Worten vielmehr Haltung in der Realität beweisen. Zudem muss die Ampel die Realität bei der Bewältigung der aktuellen und sich aufbauenden Asylsituation endlich erkennen und zügig handeln, damit unsere Kommunen nicht überlastet werden.

Ich konnte mich diese Woche auch wieder über Besuch aus dem Wahlkreis freuen. Die Praktikantin des Bundestagsverwaltung, Ronja Lauermann aus Dörverden, hat mir diese Woche einen Besuch abgestattet. Zu Besuch in Berlin war zudem eine Klasse der IGS Lilienthal, die eine persönliche Führung durch den Deutschen Bundestag erhalten hat.

Hierzu und zu den anderen Themen gleich mehr.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen!

Herzliche Grüße

Ihr/Euer

Andreas Mattfeldt

FOTO DER WOCHE

Ronja Lauermann aus Dörverden macht Praktikum in der Bundestagsverwaltung

Die Bundestagsverwaltung bietet das ganze Jahr Praktika für junge Leute an. In meinen Augen könnte die Anzahl der Plätze deutlich gesteigert werden, denn hier bekommen die Schülerinnen und Schüler einen direkten Einblick, wie die Verwaltung auf Bundesebene funktioniert.
Umgemein freut es mich daher, wenn auch mal ein Praktikant aus meinem Wahlkreis mit dabei ist. In den letzten zwei Wochen hat Ronja in der Verwaltung ihr Schülerpraktikum absolviert. Ronja ist in der 10. Klasse und kommt aus Stedebergen in der Gemeinde Dörverden.
Wir haben uns auf ein Gespräch getroffen, um über ihre Zeit im Bundestag und künftigen Pläne zu sprechen. Sie hatte viele interessante Fragen mit dabei. In unserem Dialog haben wir uns unter anderem über die Rolle der CDU, die aktuelle politische Lage in Europa, aber auch Klimaschutz ausgetauscht.

Ich freue mich natürlich immer, wenn junge Leute sich für Politik begeistern können. Aber egal wo und was man macht, ich werbe dafür, dass Schülerinnen und Schüler Praktika in unterschiedlichen Berufszweigen machen, denn so kann man am besten herausfinden, ob einem ein Beruf Spaß machen kann oder nicht. Natürlich funktioniert das nur, wenn auch die Unternehmen mitmachen und den Mädchen und Jungs die Möglichkeit bieten, in ihren Betrieb zu schauen.

THEMEN DER WOCHE

Werbeanzeigen des BMWK im Niedersächsischen Landtagswahlkampfes

In der heißen Endphase des Niedersächsischen Landtagswahlkampfes waren Anzeigen des BMWK aufgetaucht. Auf grünem Hintergrund wurden dabei die Erfolge der aktuellen Energiepolitik angepriesen. Dass die dafür genutzte Kampagne eigentlich die Energieeffizienz befördern soll, sei mal dahingestellt. Auf jeden Fall kam bei einigen Betrachtern der Eindruck auf, das grün geführte Bundesministerium wolle hier die Landtagswahl beeinflussen. Wir werden dem auf jeden Fall auf den Grund gehen.

Wirtschaftsstabilisierungsfonds

Auch der Wirtschaftsstabilisierungsfonds ist so ein Beispiel für vertane Zeit der Bundesregierung. Bereits im Sommer hatte ich Bundesminister Habeck auf die Möglichkeit der Nutzung des Wirtschaftsstabilisierungsfonds statt der Gasumlage aufmerksam gemacht. Damals hieß es aber noch, die Gasumlage sei alternativlos und der Wirtschaftsstabilisierungsfonds nicht geeignet. Monate später ist alle Gasumlage nicht geeignet und der Wirtschaftsstabilisierungsfonds wird doch genutzt, um die Energiekrise zu bewältigen. Ob beispielsweise die Reaktivierung von (insbesondere Atom-)Kraftwerken, verstärkte Nutzung von Biogasanlagen oder jetzt der Stabilisierungsfonds. Die Ampel regiert erst alle Vorschläge der Union, um sie dann, wenn viel Zeit verstrichen ist, doch umzusetzen. Dieses Verhalten eines bockigen Kindes könnte man in jeder anderen Situation noch versuchen, parteipolitisch zu entschuldigen, doch wir stecken alle in einer Krise und die Ampel spielt hier mit Millionen von Existenzen.
Für den Wirtschaftsstabilisierungsfonds will die Ampel nun 200 Milliarden Euro an zweckgebundenem Kredit aufnehmen, um Entlastungsmaßnahmen für Unternehmen und private Haushalte sowie Stabilisierungsmaßnahmen für systemkritische Gasimporteure vornehmen zu können. Der Fonds war bereits für Corona-Bewältigung eingerichtet worden, sodass hiermit bereits Erfahrungen gesammelt werden konnten.

Mit steuerlichen Maßnahmen Wärmewende beschleunigen

Im Gebäudesektor ist eine deutliche Steigerung der energetischen Sanierungen notwendig. Mit unserem Antrag **Mit steuerlichen Maßnahmen Wärmewende beschleunigen** zeigen wir die zahlreichen Hürden im Steuerrecht auf, die der Erreichung dieses Ziels entgegenstehen. Das – sowie zahlreiche weitere Punkte – wollen wir ändern, indem wir insbesondere folgende Maßnahmen fordern: Vermieter neu zu bauender Gebäude sollen eine Sonderabschreibung geltend machen können. Für Vermieter bestehender Gebäude wollen wir die anschaffungsnahen Herstellungskosten reformieren, Selbstnutzer neu zu bauender Gebäude einen Sonderausgabenabzug ermöglichen, für Selbstnutzer bestehender Gebäude die energetische Sanierung übergreifenden, WEGs unter die Stromlieferversorgung des EEG fassen und für alle Steuerpflichtigen steuerliche Erleichterungen bei PV-Anlagen schaffen.

Migrationspolitischen Sonderweg in Europa sofort beenden

In den vergangenen Monaten ist die Zahl der Asylgesuche in Deutschland stark angestiegen und hat seit August/September nochmals deutlich zugenommen. Von Januar bis August 2022 wurden in Deutschland 132.600 Asylanträge gestellt (115.400 Erstanträge, 17.200 Folgeanträge). Das sind 35,4 % mehr als im Vorjahr. Diese Zahlen enthalten noch nicht die Aufnahmen von ukrainischen Kriegsflüchtlingen, denn diese durchlaufen kein Asylverfahren.
Von der Bundesregierung haben wir bisher keine eindeutigen Angaben erhalten, wie dieser Anstieg zu erklären ist. Die Länder und Kommunen geraten durch diese Entwicklung aber enorm unter Druck. Auch durch die Aufnahme zahlreicher ukrainischer Kriegsflüchtlinge sind die Kapazitäten vielerorts erschöpft. Eine weitere Verschärfung der Lage ist angesichts des Krieges in der Ukraine und der prekärer werdenden Situation von fast vier Millionen Syrern in der Türkei nicht auszuschließen.
Wenn die Bundesregierung nicht rasch reagiert, stehen wir vor einer Migrationskrise. Wir dürfen keine weiteren Anreize für irreguläre Migration nach Deutschland setzen. Wir stehen zu unseren humanitären Verpflichtungen – aber die Aufnahmekapazitäten müssen den tatsächlich Schutzbedürftigen zugutekommen. **Mit unserem Leitantrag in dieser Woche fordern wir deshalb: Die Bundesregierung muss ihren migrationspolitischen Sonderweg in Europa beenden.** Sie muss die Pläne für das „Chancen-Aufenthaltsrecht" und weitere Migrationspakete aufgeben. Es darf keine weiteren Anreize für irreguläre Migration nach Deutschland und Europa geben. Die dramatische Migrationslage muss in der Bundesregierung endlich Chefsache werden.

Warburg-Steuerskandal: Offene Fragen im Buch „Die Akte Scholz: Der Kanzler, das Geld und die Macht

Der Warburg-Steuerskandal wirft nicht nur ein schlechtes Licht auf die Hamburger Politik – es entsteht auch Politikverdrossenheit. Nach wie vor sind den Vorgängen um die Warburg-Bank in Hamburg viele Fragen offen. Hierbei geht es um politische Einflussnahme und insbesondere um die Rolle des damaligen Ersten Bürgermeisters von Hamburg, Olaf Scholz. Sein Umgang mit der Affäre ist geprägt von Erinnerungslücken, Widersprüchen und Wirrwarr um Kalendereinträge. Sowohl der Deutsche Bundestag als auch das Hamburger Abgeordnetenhaus wurden seitens Scholz nur unzureichend informiert. Es wurde bestenfalls nur bestätigt, was ohnehin bereits bekannt war.
Mit dem nun erschienen Buch „Die Akte Scholz – der Kanzler, das Geld und die Macht" von Oliver Schröm und Oliver Hollenstein beginnt ein neuerlicher öffentlicher Aufklärungsversuch. Wir haben die Hamburger Affäre deshalb in der laufenden Sitzungswoche zum Gegenstand einer Aktuellen Stunde gemacht. Statt Erinnerungslücken und immer neuen Ausweichversuchen braucht es eine umfassende und ehrliche Einlassung des heutigen Bundeskanzlers und seines Umfeldes. Gerade angesichts der gravierenden aktuellen Krise darf es nicht sein, dass der Bundeskanzler sich an wichtige Inhalte von bedeutenden Gesprächen nicht erinnern kann.

Baerbock beim Wort nehmen: Außenpolitik für Frauen im Iran

Der von den Sicherheitskräften des Mullah-Regimes herbeigeführte Tod der jungen Iranerin Mahsa Amini am 17. September 2022 hat landesweit Proteste entzündet. Die Iraner gehen für Freiheit, Gerechtigkeit und die Überwindung des repressiven islamistischen Herrschaftssystems auf die Straße. Mit unserem Antrag **Iranische Protestbewegung entschlossen unterstützen – Den Testfall einer frauenorientierten Außenpolitik zum Erfolg machen** fordern wir die Bundesregierung zu mehr Unterstützung für die mutigen Iranerinnen und Iraner auf. Mittlerweile reichen die Proteste in zahlreiche Städte und Institutionen. Das Regime greift unterdessen zu immer härteren, repressiveren Maßnahmen. So wurden Proteste an der renommierten Scharif-Universität in Teheran mit brutaler Gewalt niedergeschlagen. Die Unterdrückung der Frauen in der iranischen Gesellschaft ist seit Jahrzehnten eine der größten systematischen Menschenrechtsverletzungen der Welt. Seit langen Jahren besteht die einmalige Chance, systematische Verbesserungen für die Lage der Frauen im Iran und einen gesellschaftlichen Wandel hin zu mehr Freiheitsrechten zu erreichen. Auf diesem Weg bedarf es der tatkräftigen Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft, insbesondere Deutschlands und Europas. Mit Sonntagsreden von einer vermeintlich „feministischen Außenpolitik" ist den Frauen im Iran nicht geholfen. Die konkrete Verbesserung der Lage der Frauen im Iran muss Gradmesser für den Erfolg der deutschen und europäischen frauenorientierten Außenpolitik sein

Fach- und Arbeitskräfte mit zielgerichteten Maßnahmen im Inland gewinnen

Dem akuten Arbeits- und Fachkräftemangel in Deutschland widmen wir uns mit unserem Antrag **Fach- und Arbeitskräfte mit zielgerichteten Maßnahmen im Inland gewinnen**. Seit einigen Jahren steigt in Deutschland der Fach- und Arbeitskräftemangel. Stand heute sind 1,93 Millionen offene Stellen gemeldet. Besonders betroffen sind bislang Berufe in den Bereichen Gesundheit und Pflege, Soziales und Bildung, Handwerk, Gastronomie und Hotellerie, IT, Metall und Elektro, Transport und Verkehr sowie Kulturwirtschaft. Die zurückliegenden Corona-Jahre haben die Mangellage noch verschärft. Es ist absehbar, dass dieses Problem in den kommenden Jahren zusätzlich an Schärfe und Breite gewinnen wird, mit entsprechenden negativen Konsequenzen für das Wachstumspotenzial und die Innovationskraft der deutschen Wirtschaft. Der politische Handlungsdruck ist hoch. In unserem Antrag schlagen wir deshalb eine Reihe von Maßnahmen vor, um die Gewinnung von Fach- und Arbeitskräften im Inland zu stärken.

WAHLKREIS AKTUELL

Besuch der IGS Lilienthal

25 Schülerinnen und Schüler einer 10. Klasse der IGS Lilienthal haben mich diese Woche in Berlin besucht. Nach dem Besuch einer Plenardebatte gab es eine Diskussionsrunde, in der aktuelle Themen auf den Tisch kamen, die den Schülern unter den Nägeln brennen. Derzeit ist politisch enorm viel los und das geht selbstverständlich auch an den jungen Leuten nicht vorbei. Mich begeistert immer wieder, wie gut die Schüler vorbereitet sind und welch gutes Gespür sie teilweise für das politische Umfeld haben. Zum Schluss habe ich die Schüler persönlich auf einen Rundgang durch den Reichstag mitgenommen. Hier sieht man doch einige andere Ecken, die man als Ausgestehender sonst nicht zu sehen bekommt. Dabei ist die Reichstagskuppel immer ein Highlight. Das deutsche Parlament ist übrigens einzigartig was das angeht, denn nirgends sonst kann man buchstäblich direkt in das Herz der Demokratie schauen.

BÜRO BERLIN
Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Tel.: 030 - 22 77 13 24
andreas.mattfeldt@bundestag.de | www.andreas-mattfeldt.de

CDU